

Thorsten Kern: *West Germany and Namibia's Path to Independence, 1969-1990. Foreign Policy and Rivalry with East Germany.*

Basel: Basler Afrika-Bibliographien 2019, 271 Seiten

Der Unabhängigkeitsprozess Namibias war einer der langwierigsten nicht nur in Afrika; er war eng mit dem Ost-West-Konflikt verschränkt. Die vorliegende, an der *University of Cape Town* verteidigte historische Dissertation fügt der schon recht beträchtlichen Literatur vor allem die Auswertung der Archive sowohl der Bundes- als auch der DDR-Regierung hinzu. Allein darin liegt bereits der Hinweis, dass der Titel irreführend ist. Es handelt sich um den unweigerlich ambitionierten Versuch, die strategischen Ansätze beider deutscher Staaten im Hinblick auf den Namibia-Konflikt in ihren Grundlagen und ihrem konkreten Vorgehen, vor allem aber auch in der Konkurrenz zueinander und schließlich im Kontext der übergreifenden außenpolitischen Konzeptionen und Konstellationen darzustellen. Seit nahezu hundert Jahren sagt uns darüber hinaus die These vom „Primat der Innenpolitik“ (Eckart Kehr), dass ein Verständnis der Außenpolitik eines Staates allenfalls fragmentarisch, wenn nicht unzutreffend ist, ohne die innergesellschaftliche Dynamik zu betrachten, die in dieser Politik ihren Ausdruck findet.

Solchen Ansprüchen wird die vorliegende Darstellung nicht gerecht – sie stellt sich ihnen auch in keiner Weise. Die „Rivalität“ der beiden deutschen Staaten leitet Kern formal aus der Teilungssituation sowie allgemein aus der Annahme ab, dass Staaten eben ein Eigeninteresse verfolgen, das auch meist ökonomisch begründet ist. Allenfalls für die letzten Phasen des Prozesses macht er eigene Handlungsstrategien ansatzweise deutlich. Was jedoch gänzlich fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit Grundpositionen, die für die BRD etwa in der fehlenden Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus, in der transatlantischen Orientierung und in der antikommunistischen Grundpositionierung oder für die DDR in Grundannahmen des Marxismus-Leninismus, in den Traditionen der Kommunistischen Internationale oder auch der Begründung der sowjetischen Hegemonie liegen könnten. Daher wird über diffuse Andeutungen hinaus auch nirgends deutlich, warum die nationalen Befreiungsbewegungen der 1950er Jahre zusehends auf Unterstützung aus dem sowjetischen Block zurückgegriffen haben und die namibische Befreiungsorganisation SWAPO dementsprechend in der DDR einen wichtigen Partner fand. Ökonomische Interessen, die ebenfalls nur kurz angesprochen werden, könnten anhand vorliegender Literatur sehr viel genauer benannt werden.

Der Einsatzpunkt 1969 ist mit der Bildung der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und dem Machtantritt Erich Honneckers in der DDR zwei Jahre später auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten, vor allem der BRD bezogen. Entsprechend legt Kern ausführlich und mit zahlreichen repetitiven Passagen die Positionen der Parteien, des Bundestages und des Auswärtigen Amtes dar, um darauf aufbauend die „Rivalität“ zwischen den beiden deutschen Staaten in den 1970er, den frühen und den späten 1980er Jahren in eigenen Kapiteln darzustellen. Was dabei völlig in den Hintergrund tritt, ist alles, was Namibia selbst betrifft und den unverzichtbaren Hintergrund des Agierens der deutschen Staaten bildete: Die illegitime

Besatzung Namibias durch Südafrika oder der Prozess ihrer Delegitimierung durch das UN-System und internationale Gerichte scheinen allenfalls kurz auf, und auch die Unabhängigkeitsbewegung kommt nur vor, wenn die SWAPO als hegemoniale Befreiungsorganisation in Beziehungen zu den beiden deutschen Regierungen tritt. Ferner kümmert Kern auf Ebene der UN wenig die Unterscheidung zwischen Generalversammlung und Sicherheitsrat oder auch der *UN Council for Namibia*, der immerhin mit dem Anspruch auftrat, angesichts der illegalen südafrikanischen Besatzung Souveränitätsrechte auszuüben. Die Darstellung verfehlt damit wesentliche Parameter für das politische Handeln nicht nur der deutschen Akteure auf beiden Seiten.

Mit diesem Instrumentarium lässt sich zwar die enge Beziehung darstellen, die sich zwischen den Führungsequipen der SWAPO und der DDR entwickelte oder andererseits die vorsichtige Annäherung der sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt an SWAPO, wobei dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher nicht zu Unrecht besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Auch stellt Kern für die 1980er Jahre die aktive Politik des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß ebenso wie einer Reihe führender Politiker*innen der in den 1980er Jahren regierenden Koalition aus CDU/CSU und FDP zur Unterstützung der vom südafrikanischen Apartheidsregime lancierten internen Lösungsversuche in Namibia heraus. Zu alledem, wie auch zu dem zentralen Verhandlungsprozess der Westlichen Kontaktgruppe führt Kern eine Fülle von Quellenbelegen an.

Die gewählte Gliederung führt zu Wiederholungen, aber auch zu Unübersichtlichkeit. So setzt die Chronologie mehrfach neu an. Dabei werden zentrale Ereignisse und Wendepunkte wie die Kontaktgruppe aus USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und der BRD, die nicht zuletzt den am Ende erfolgreichen Übergangsplan aushandelte, erst sehr spät angesprochen. Andere Wendepunkte des Unabhängigkeitsprozesses werden allenfalls nebenbei angesprochen, obwohl sie auch für die Politik der BRD oder der DDR wesentlich waren. Das gilt für den südafrikanischen Überfall auf das SWAPO-Lager Cassinga 1978 oder die illegitimen internen Wahlen Ende desselben Jahres. Auch die SWAPO-Krise des Jahres 1976, die eng mit den Verbindungen des späteren Dissidenten Andreas Shipanga mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verknüpft war, kommt nur beiläufig vor. Zu alledem gibt es Literatur, die Kern großenteils nicht benutzt hat.

Als verdienstvoll kann dagegen Kerns Darstellung der Konkurrenz zwischen dem Auswärtigen Amt unter Genscher und dem ab 1983 von der CSU geführten BMZ gelten. Hier arbeitet der Autor klar heraus, dass die CSU unter Strauß sowie Teile der CDU und der FDP nachdrücklich die Förderung und Anerkennung der nacheinander in Namibia etablierten, von Südafrika gestützten und völkerrechtlich illegitimen Regierungen betrieben und so das Bestreben Genschers zu unterlaufen suchten, den auf der Resolution 435/1978 des UN-Sicherheitsrats aufbauenden Transitionsplan durchzuführen. Dass dies schließlich mit mehr als einem Jahrzehnt Verzögerung gelang, stellt Kern mit einigem Detail im Hinblick auf die Verhandlungsprozesse zwischen den unterschiedlichen beteiligten Mächten dar. Dabei schenkt er jedoch der vielfach kommentierten Überdehnung des südafrikanischen Machtapparats

angesichts seiner aktiven Rolle im Krieg in Angola sowie in der Repression gegen die sich verstärkende Widerstandsbewegung in Südafrika selbst kaum Aufmerksamkeit. Auch die allgemein als Wendepunkt aufgefasste Schlacht von Cuito Cuanavale im Süden Angolas 1988 erwähnt er eher nebenher.

Die Stellung von Polizeikräften beider deutscher Staaten für den 1989 dann eingeleiteten, von den UN garantierten Übergangsprozess zur Unabhängigkeit erfasst Kern nicht in ihrer vollen Tragweite. Zwar trifft es zu, dass es hier zu deutsch-deutscher Kooperation kam, doch stellte es eine wesentliche Dimension dieses Engagements dar, dass es sich überhaupt erstmals um einen Einsatz (west-)deutscher Einheiten im Ausland handelte. Dies war ein erster Schritt auf einer Entwicklungslinie, die uns heute mit einer weltweiten Interventionspraxis konfrontiert.

Das Ende der DDR bedeutete für die SWAPO-Führung den Verlust eines hoch geschätzten und vertrauenswürdigen Bündnispartners. Das wird hier gut dokumentiert, wenn auch die darauf folgende Konzentration auf die Repatriierung der in DDR-Internaten lebenden namibischen Kinder und Jugendlichen eher ins Anekdotische abgeleitet.

Durchgängig bleibt die zentrale Frage der Beziehungen Westdeutschlands zum Apartheidsregime fast gänzlich ausgespart. Jedoch lassen sich seinerzeit hoch kontroverse Fragen wie Kulturabkommen und vor allem militärisch-nukleare Zusammenarbeit nicht von der Auseinandersetzung um die illegale Besetzung Namibias trennen. Wenn Kern glaubt, für die späten 1970er Jahre eine fast schon systematische Annäherung der SPD an die SWAPO zu erkennen, so versäumt er es, dies in diesen größeren, für das Verständnis unverzichtbaren Zusammenhang zu stellen. Auf die in diesem Kontext relevanten westdeutschen Wirtschaftsinteressen bezieht er sich allenfalls summarisch.

Insgesamt kann das präsentierte Quellenmaterial die Schwächen des Buches nicht wirklich aufwiegen. Zu ihnen gehört auch eine holprige sprachliche Präsentation, die nicht nur in zahlreichen Germanizismen zum Ausdruck kommt, sondern auch in einer frappierenden Unkenntnis der politischen Sprache. So werden hier nicht nur Abgeordnete zu „delegates“ oder „ministers“ anstatt zu „deputies“; vom DDR-Außenministerium angesprochene „bürgerliche Entwicklungsmodelle“ übersetzt Kern mit „civil development projects“ (148). Schwerer noch wiegt eine unzureichende Quellenkritik und oft fehlende Triangulation, wenn etwa häufig westdeutsche Positionen auf der Grundlage von Einschätzungen und Berichten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit wiedergegeben werden. Kern streut ferner Zeitungsberichte recht wahllos ein und zitiert aus Bundestagsdebatten ohne Angabe der Redner*innen. Sehr häufig fehlt eine Analyse der Quellentexte, wenn der Autor entsprechende Verweise nur als Faktenbelege zitiert, wo Zitate und erst recht deren kritische Untersuchung beweiskräftiger wären. Beispielsweise ersetzt er mit dem Hinweis auf „umfangreiche Belege“ für die Finanzierung von Besuchen durch Politiker*innen der Koalitionsparteien in Namibia seitens des von der Interimsregierung bzw. Südafrika finanzierten *Namibia Office* in Bonn während der 1980er Jahre die eigentlich angebrachte Analyse dieser Belege durch die schlichte Angabe der Fundstellen im Archiv in Windhoek (202).

Vielleicht liegt darin auch der eigentliche Wert dieser Publikation: eine Vorarbeit geleistet zu haben für eine wirklich kritische Analyse aufgrund der hier größtenteils erstmals gesichteten Archivalien.

Reinhard Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v4i1.16>

Raul Zelik: *Die Linke im Baskenland. Eine Einführung.*

Wien & Berlin: Mandelbaum 2019, 125 Seiten

In dem gängigen Bild von dem langjährigen bürgerkriegsähnlichen Konflikt im Baskenland wird dieser „fast ausschließlich mit den Anschlägen der ETA in Verbindung gebracht“ (7). Diese einseitige Sichtweise will Raul Zelik mit dem vorliegenden Büchlein zurechtrücken. „An den ETA-Attentaten, die zwischen 1968 und 2010 mehr als 800 Menschen das Leben kosteten, gibt es nichts zu beschönigen, und doch ist diese Darstellung nicht nur unvollständig, sondern falsch. Sie unterschlägt, dass der baskische Konflikt ... immer auch ein Projekt der sozialen Emanzipation verfolgte“ (7). Eine gründliche Darstellung der Geschichte des Konflikts soll dies belegen.

Die ETA entstand aus einer Abspaltung der Jugendabteilung der schon 1895 gegründeten, zunächst reaktionär-ethnizistischen, später eher christdemokratischen *Baskischen Nationalpartei* (PNV). Die Abgespaltenen bildeten eine illegale Widerstandsgruppe, die sich 1959 den Namen „Baskenland und Freiheit“ (baskisch abgekürzt ETA) gab und sich anfangs auf Aktionen wie das Verteilen von Flugblättern und das Aufhängen von baskischen Fahnen beschränkte. In den 1960er Jahren entwickelte sie sich zu einer politisch-militärischen Organisation. Sie bestand zunächst aus vier Abteilungen, einer militärischen, einer politischen, einer kulturellen und einer „Arbeiterfront“; insbesondere die letztere erwies sich als ziemlich erfolgreich, wohl die Mehrzahl der spanischen Streiks in den letzten Jahren der Diktatur wurde von ihr mit organisiert. Vor allem am Vorbild von Che Guevara orientiert, nahm sie 1968 den bewaffneten Kampf gegen das Franco-Regime auf. Mit dem Attentat auf Admiral Carrero Blanco, den designierten Nachfolger Francos, gelang ihr ein erster spektakulärer militärischer Erfolg.

Nach Francos Tod beschloss die ETA, den Kampf weiterzuführen, denn gar zu wenig hatte sich in ihren Augen geändert: Die franquistischen Verbrechen wurden nicht strafrechtlich verfolgt, „Justiz, Armee und die paramilitärische Guardia Civil konnten ihre Arbeit bruchlos und mit dem alten Personal fortsetzen“ (30) und das von der PNV ausgehandelte baskische Autonomiestatut ging der ETA bei weitem nicht weit genug. Um sie herum entwickelte sich ein weit verzweigtes Geflecht von linken Organisationen und Projekten, zusammengefasst unter dem Namen *Patriotisch-Sozialistische Koordination* (KAS), mit u.a. Nachbarschaftskomitees, Gewerkschaften, der Frauenorganisation *Egizan*, der Jugendorganisation *Jarraí* und (politisch am sichtbarsten) dem 1977 gegründeten Wahlbündnis *Herri Batasuna*. In den 1980er Jahren wurde die ETA-Gewalt „immer willkürlicher“, v.a. durch den immer häufigeren Einsatz von „Autobomben ...“, die völlig Unbeteiligte(n) das Leben kosteten“ (46). Gleichzeitig setzte jedoch, so Zelik, die „Regierung nicht minder